

V o r l a g e Nr. G 157

für die Sitzung der Deputation für Bildung am 18. Mai 2006

Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur

A. Problem

1. Die Deputation für Bildung ist in ihrer Sitzung am 22. Dezember 2005 darüber informiert worden, dass mit Ausscheiden des Geschäftsführers Herrn Jürgen Mumdey mit Ablauf des 31. Januar 2006 die Vorbereitungen zur Aufnahme des operativen Geschäfts der Gesellschaft unterbrochen worden sind. Es war nicht gelungen, für das Konzept des „Steuerungsansatzes“ über die Gesellschaft eine hinreichende Akzeptanz herzustellen. Zudem entfällt ab dem Haushaltsjahr 2006 (auf Basis des erarbeiteten Entwurfs für das Haushaltsgesetz) ein eigenständiger haushaltspolitischer Auftrag, wie er für den Doppelhaushalt 2004/05 vorgesehen war (vgl. Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft – Stadtbürgerschaft vom 27.04.2004 [Drs. 16/98 S]).
2. Die Notwendigkeit für einen Umbau- und Modernisierungsprozess des bremischen Bildungssystems besteht unverändert fort, insbesondere gilt dies wegen des engen finanziellen Rahmens durch den Haushalt bzw. die finanzwirtschaftliche Situation des Landes und seiner beiden Stadtgemeinden. Auch die Grundlinien des Veränderungsprozesses gelten unverändert:

„Die Verantwortung wird an den Ort der Leistungserstellung, an die Schule, verlagert; dies erfordert eine deutliche Erhöhung der Eigenständigkeit von Schule. Demgegenüber wird sich der Senator für Bildung und Wissenschaft auf ministerielle und grundsätzliche Angelegenheiten (u.a. curriculare Vorgaben, Konzipierung von Bildungsgängen) sowie auf die strategische Steuerung der Schulen und die Wahrnehmung der Schulaufsicht konzentrieren.

Die Steuerung der Schulen orientiert sich künftig (wie in anderen Bereichen der bremischen Verwaltung) nicht am Input, sondern am Output (Entwicklung und Abschluss von Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Schulen). Es werden Maßnahmen zur Qualitätssteigerung für die Unterrichts- und Schulentwicklung entwickelt und eingeführt.“

(Zitat aus der Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft, a.a.O., S.2)

B. Lösung

1. Das Konzept der Steuerung des Modernisierungsprozesses über eine außerhalb der öffentlichen Verwaltung stehende Einrichtung, nämlich eine eigenständige GmbH, wird nicht weiter verfolgt. Der geschaffene gesellschaftliche Rahmen wird aufgelöst bzw. als nicht aktiv tätige juristische Person im Beteiligungsmanagement des Senators für Finanzen vorgehalten. Die Diskussionen in den verschiedenen politischen Gremien haben ge-

zeigt, dass eine breite Unterstützung für eine weitere Ausgestaltung des Weges entsprechend der vorgelegten Konzeption nicht vorhanden ist. Dies ist für die mit einem privatrechtlichen Instrument verbundenen, gegenüber dem öffentlichen System andersartigen gesellschafts-, steuer-, beschäftigungs- und haushaltsrechtlichen Gegebenheiten aber zwingend notwendig, da bei einer Herauslösung aus der Kernverwaltung einschließlich Überführung von Personal auch nach dem reinen Gründungsakt für die Gesellschaft eine Reihe weiterer Entscheidungen notwendig werden (u.a. Beleihung der Gesellschaft zur Vermeidung von Umsatzsteuer, Mitbestimmungs- und Tarifvertragsangelegenheiten). Entsprechende Beschlussfassungen waren nicht sichergestellt.

Weiterhin wurde verdeutlicht, dass auch die der Gesellschaft zugedachten Aufgaben der betriebswirtschaftlichen Optimierung des gesamten Leistungsprozesses zur Ermöglichung und Sicherstellung der Kernaufgabe „Unterricht“ unverändert als dem öffentlichen Aufgabenspektrum und den dafür geschaffenen öffentlich-rechtlichen Arbeitsstrukturen zugeordnet angesehen werden. Bei dieser Betrachtungsweise für das Aufgabengebiet Bildung/Schule bleibt für das Übertragen von Steuerungsleistungen auf eine verselbständigte Einheit und nachfolgend ggf. Schaffung von Erledigungsstrukturen in gegenüber heute veränderter Form kein Raum mehr.

2. Die Erledigung der gestellten Aufgaben erfolgt daher durch die Arbeitseinheiten in der senatorischen Behörde des Senators für Bildung und Wissenschaft. Die Steuerungsleistung für den Umbau (vgl. Zielsetzung unter A. Problem, Ziffer 2) wird zu diesem Zweck mit der seit 2003 tätigen Lenkungsgruppe „PIQuE“ (Projekt für Innovations- und Qualitätsentwicklung) zusammen geführt, deren Zwischenbericht zur Qualitätsentwicklung der Schulen die Deputation für Bildung am 9. Februar 2006 zur Kenntnis genommen hat. Die Lenkungsgruppe wird unmittelbar von Herrn Staatsrat Dr. Wewer geführt. Sie ist beauftragt, in den nächsten Monaten insbesondere die nach dem alten Konzept zur Wahrnehmung in der Gesellschaft vorgesehenen Aufgaben auf Optimierungsstrategien hin zu überprüfen und insbesondere den Weg zu einer erweiterten Eigenverantwortung der Schulen zu forcieren. Basis hierfür sind die für die Gründung der Gesellschaft erarbeiteten Unterlagen (Gutachten Putz&Partner, insbesondere Anlage 5 mit Auflistung der Aufgabenstrukturen als Grundlage für Neuordnungsprozesse) und als ergänzende Materialien die Organisationsuntersuchung Tormin für die Arbeitsstrukturen im Verhältnis LIS/senatorische Behörde/Schulen.
3. Bisher sind konkrete Maßnahmen zur Effizienzsteigerung eingeleitet worden, die aufgrund der PEP-Quoten im Personalbereich (1,7% in 2006 und 1,3% in 2007) und zur Erbringung zusätzlicher Aufgaben wie z.B. Ausbau der Ganztagschulen, erhöhte Stundentafeln in der Sekundarschule und dem Gymnasium sowie Ausbau der Bildungsbeteiligung (GyO und Berufliches Gymnasium), Ausweitung der Gruppenzahlen im Förderzentrum Wahrnehmung und Entwicklung und höhere Schülerzahlen im Berufsschulbereich erforderlich sind. Die Umsetzung weiterer Maßnahmen, die Effizienzsteigerungen in den folgenden Jahren ermöglichen sollen, werden zur Zeit vorbereitet.

Die wichtigsten Beispiele für umgesetzte und geplante Maßnahmen zur Effizienzsteigerung sind:

- Bessere Einhaltung der Mindestfrequenzen bei den Klassen-/Kursfrequenzen z.B. durch eine schülerbezogene Faktorzuweisung in der GyO und Pauschalzuweisungen im beruflichen Bereich haben im laufenden und werden im kommenden Schuljahr zur Einsparungen in Höhe von jeweils ca. 0,75% der Lehrerwochenstunden (27,5 Stellen) und somit 1,2 Mio Euro führen.
- Umbau von Angeboten mit dem Ziel der Effizienzsteigerung z.B. an der EWS (Einsparung 15,5) und ABS (4,0 Stellen) und durch aufgabenkritische Reduzierung von Anrechnungsstunden (9) und Sonderbedarfen (ca. 36,4 Stellen). Insgesamt ergibt

dies Einsparungen im Umfang von ca. 2,9 Mio. Euro.

- Die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung in den Ganztags Gesamtschulen (ca. 3,3 Stellen) und die sukzessive Erhöhung des bedarfsdeckenden Unterrichts der Referendare (bis 2007 27 Stellen) werden zu Effizienzsteigerungen bis zu ca. 1,3 Mio. Euro führen. Perspektivisch wird die Absenkung der Eingangsbesoldung im Primar- und Sek.I-Bereich zu weiteren Einsparungen im Personalbudget führen.
- Programm „Geld-statt-Stellen“, das zu einem Personalmix in Schulen führt, wodurch nicht dem Kernbereich Unterricht zuzuordnende Tätigkeiten von Lehrkräften durch anderes Personal - größten Teils bei Freien Trägern - erledigt wird (z.B. flexible Unterrichtsvertretung, Schulschwimmen und das Programm „Sozialintegrative Maßnahmen in der Sek.I). Die Effizienzsteigerung erfolgt im Umfang von ca. 27 Stellen oder 1,2 Mio. Euro. Diese Einsparungen werden durch andere Bezahlung und andere Arbeitszeiten erwirtschaftet.
- Darüber hinaus wurden neue Maßnahmen (PISA-Folgemaßnahmen wie „Projekte zum Abbau der Wiederholerquote“, Sport- und Musikprojekte, Feriencamps und Sprachförderkurse für Migranten) durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel gefördert. Hier konnte durch den Einkauf der Personalleistungen über Freie Träger eine weitere Effizienz im Umfang von 0,5 Mio. Euro erreicht werden. Perspektivisch werden weitere Einsparungen dadurch erzielt, dass die frühzeitige Förderung der Schülerinnen und Schülern zu weniger Klassenwiederholungen führen und auch den Übergang in Ausbildung und Beruf verbessern wird.
- Veränderungen der Organisation des Mittagessen an Ganztagsgrundschulen (Catererverträge incl. Abrechnung mit den Eltern) erbringt Einsparungen von ca. 40.000 Euro.
- Durch die Umstellung von Hausmeisterleistungen sollen z.B. durch das neue Sporthallenkonzept Einsparungen im Umfang von 3% (0,2 Mio. Euro) erbracht werden. Die Umstellung auf Fremdreinigung wird seit vielen Jahren mit Einsparungen von ca. 40% durchgeführt und weiter fortgesetzt (z.Zt. ca. 0,1 Mio. Euro Einsparungen pro Jahr zusätzlich).
- Aus der Umsetzung des geplanten Schulstandortentwicklungsprogramms werden Einsparungen aufgrund von Standortaufgaben, Standortzusammenlegungen und weiteren Synergieeffekten im Umfang von ca. 5% der derzeitigen Ausgaben (ca. 0,75 Mio. Euro) erwartet.
- Neben den bisherigen Vorschlägen zur größeren Selbständigkeit der Schulen sollen auch die jüngsten Vorschläge der Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg geprüft werden, die in den Novellen zu den Schulgesetzen für die Schulen im beruflichen Bereich veränderte organisatorische Formen gefunden haben.
- Bei der eingeleiteten Neustrukturierung des LIS werden Personaleinsparungen im Gesamtumfang von ca. 10% der Stellen (entspricht 0,75 Mio. Euro) bis Ende 2007 angestrebt.
- Zusätzlich zu den Stellenreduzierungen im Umfang von 25% in den letzten zehn Jahren werden durch strukturelle und organisatorische Veränderungen in der senatorischen Behörde bzw. im Zuge der erhöhten Eigenverantwortung der Schulen perspektivisch Stellenreduzierungen bzw. -verlagerungen im Umfang von bis zu 15%

des derzeitigen Personalbestandes angestrebt.

Effizienzsteigerungen und Aufgabenreduzierungen erreichen somit insgesamt ein Volumen von über 8 Mio. Euro.

C **Beschlussvorschlag**

1. Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht des Senators für Bildung und Wissenschaft zur Nichtaufnahme der operativen Tätigkeit der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur und die organisatorische Absicherung des fortlaufenden Umbauprozesses für das bremische Bildungssystem zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Bildung bittet um Weiterleitung dieses Abschlussberichtes zur Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

In Vertretung

Dr. Göttrik Wewer
Staatsrat